

Angst vor Staub und Gestank

Rindenberg läßt Streit voll entbrennen

Forstinninger wehren sich gegen eine Brikettierungsanlage im Gewerbegebiet

Von unserem Redaktionsmitglied Arnold J. Großegesse

FORSTINNING – Schwere Wolken brauen sich derzeit über Forstinning (Landkreis Ebersberg) zusammen. Dort mischen sich nämlich die real existierenden Dämpfe eines riesigen feuchten Rindenbergs im Gewerbegebiet der Gemeinde mit dem sprichwörtlichen Rauch, der aufsteigt, wenn mit heißen Köpfen diskutiert wird. „Rindenbrikettierungsanlage“ heißt das Reizwort. Ein ortsansässiger Unternehmer – er „entsorgt“ zu großen Teilen den Landkreis von Haus- und Sperrmüll – will in der bereits im Aufbau begriffenen Fabrikation Rindenstücke und Holzabfälle zu handlichen, gut heizenden Briketts verarbeiten. Die Anlieger freilich erwarten von der Anlage nur Lärm, Staub und Gestank – und wehren sich folglich dagegen.

Einen Teilerfolg konnten die betroffenen Nachbarn bereits erzielen: Der Gemeinderat lehnte das Projekt in einer fast einmütig beschlossenen Stellungnahme ab. Und auf einer eigens in die Pausenhalle der Forstinninger Grundschule einberufenen Sondersitzung, an der 200 Bürger regen Anteil nahmen, da wurde dieser Beschluß noch einmal bekräftigt. Mit zorniger Entschlossenheit artikuliert Gemeinderat Alois Mayr, was ihn und seine Kollegen bewegt: „Wir werden dazu nie die Zustimmung geben, wir woll-

ten nie eine solche Anlage in unserem Gewerbegebiet.“ In der Tat schreibt die entsprechende von der Gemeinde erlassene Satzung vor, daß dort nur Betriebe mit geringer Geräuschbelastigung und „ohne jegliche Geruchsbelastigung“ zugelassen sind.

Aber nicht nur der 100 Meter lange und 30 Meter breite, haushoch aufgeschüttete Rindenberg ärgert den Gemeinderat. Auch die Art und Weise, wie die Firma „Biotechnik“ versuchte, von den Behörden Genehmigungen für die gesamte Anlage zu bekommen, erregte das Mißfallen der Volksvertreter und der Gemeindebürger. Wilhelm Wahmann, Sprecher der betroffenen Anlieger sprach gar von versuchter „Erschleichung“ in „Salamitaktik“.

Tatsächlich schickten die Betreiber das umstrittene Projekt scheinbarweise auf den Genehmigungsweg: Zuerst wurde eine Container-Anlage mit Rampe beantragt (Juni 1980) und vom Landratsamt – damals mit Zustimmung der Gemeinde – genehmigt (Februar 1981); es folgte eine größere Lkw-Garage mit Sortieranlage für Abfälle und einer unauffällig kleinen Brikett-pressen (genehmigt im August 1981). Im April 1982 tauchte dann plötzlich in einem Antrag auf Nutzungsänderung der ursprünglichen „Lkw-Gara-

ge“ ein sogenannter „Bioreaktor“ auf. Projektgegner Wahmann, ein Diplom-Ingenieur, hält dieses Ding noch heute für ein „Märchengebilde“, das seinen Zweck – die Trocknung der nassen Rinden bis zur Preßreife – nie erfüllen hätte können. Und wirklich: Im Juni verwandelte sich der Bioreaktor plötzlich in ein einfaches „Rindensilo“, wie es die Firma in einem Brief an das Landratsamt nannte. Dafür sollte jetzt im Betriebsgebäude eine größere Feuerungsanlage zur Trocknung der Rinden installiert werden. Dazu kommen noch verschiedene Aufbereitungs- und Transportmaschinen und vier Brikettpressen.

Vor allem die Feuerungsanlage rief das Landratsamt auf den Plan: Sie fällt wegen ihrer Größe und Leistung nicht mehr unter das einfache Baurecht und kann nur in einem Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt werden. In einem solchen Verfahren hat aber – anders als bei simplen Baugenehmigungen – die betroffene Gemeinde kein Vetorecht; sie wird lediglich um Stellungnahme gebeten. Und selbst wenn diese – wie in Forstinning – eindeutig negativ ausfällt, kann das Landratsamt einen Genehmigungsbescheid erteilen.

Und weit sei man davon nicht mehr entfernt, argwöhnen die Anlieger. Darauf deutete hin, daß der widerrechtlich aufgeschüttete stinkende Rindenberg (ein echter „Schwarzbau“, wie Michael Schirmeyer vom Landratsamt zugeben mußte) von der Aufsichtsbehörde geduldet wird – lediglich die weitere Anlieferung von Rinde wurde untersagt.

Was nach Ansicht der Forstinninger noch schwerer wiegt: Der für die Genehmigung zuständige Regierungsamtmann im Landratsamt hat kurz vor der entscheidenden Gemeinderatsitzung an Forstinnings Bürgermeister Franz Obermayr einen Brief geschrieben. Darin wird mitgeteilt, daß die Anlage im Interesse des Landkreises liege, vor allem hinsichtlich der kreisweiten Mülldeponie, die durch eine Wiederverwertung von Abfallstoffen entlastet werde. Das wirkt sich – ein „Zucker!“ für die Gemeinde – auch auf die Müllbeseitigungsgebühren aus.

Doch dies konnte die Kommune nicht beeindrucken. Sie hat inzwischen auch ihr Einverständnis zu der Nutzungsänderung des Betriebsgebäudes widerrufen, weil mit dem Rindensilo die vorgeschriebene Bebauungsgrenze überschritten werde und die zu erwartenden Lärm- und Geruchsbelastigungen der Satzung des Gewerbegebietes widersprächen.

„Unter Auflagen genehmigungsfähig“

Diplomingenieur Wahmann sieht in den Äußerungen des Landratsamts eine unzulässige Verquickung von Interessen des Kreises als Gebietskörperschaft einerseits und der vom Staat dem Landratsamt übertragenen Aufgabe andererseits, dem Immissionsschutzgesetz (das die Allgemeinheit vor Umweltschäden bewahren soll) Geltung zu verschaffen. Abteilungsleiter Schirmeyer weist den Vorwurf zurück: Man versuche hier zu trennen. Der besagte Brief sei kein Vorgriff auf eine Entscheidung und außerdem nur auf Anfrage von Bürgermeister Obermayer geschrieben worden. Die vorliegenden Gutachten des Technischen Überwachungsvereins (TÜV), die die Brikettfabrik als „unter Auflagen genehmigungsfähig“ einstufen, werde man, „wenn es denn die Öffentlichkeit verlangt“, noch vom Landratsamt für Umweltschutz prüfen lassen. „Aber daß da ein anderes Ergebnis herauskommt, glaube ich nicht“, gibt der zuständige Beamte aus dem Sachgebiet Umweltschutz der Kreisbehörde zu bedenken.